

Forderungen des Deutschen LandFrauenverbandes

zur Bundestagswahl 2025

Präambel

Der Deutsche LandFrauenverband, seine Mitgliedsverbände und insbesondere seine 450.000 Mitglieder leisten einen aktiven Beitrag zur Gestaltung des sozialen und politischen Lebens in den ländlichen Räumen. Sie setzen sich für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch lebendige Gemeinschaften ein. Mit ihrem vielfältigen Engagement prägen LandFrauen die ländlichen Räume und vertreten zugleich die Interessen von Frauen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land.

Eine gleichberechtigte Zukunft in ländlichen Regionen erfordert, dass alle politischen Akteure entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. **Die ländlichen Räume müssen als Chancräume verstanden und die spezifischen Bedarfe von Frauen und ihren Familien in den Fokus gerückt werden.** Die Durchsetzung frauenpolitischer Ziele und Forderungen muss dabei finanziell in angemessener Höhe und planungssicher ausgestaltet werden. Eine belastete Haushaltslage darf nicht gegen die Bedarfe der ländlichen Räume und speziell gegen die frauenpolitischen Forderungen im ländlichen Raum ausgespielt werden.

Die Grenzen des Sagbaren im realen und digitalen Leben haben sich deutlich verschoben. Menschenverachtung und Anfeindungen gehören zum Alltag und stellen für viele Ehrenamtliche große Hemmnisse in ihrem Engagement dar. In einer Zeit, in der demokratische Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt immer stärker unter Druck geraten, ist die Förderung der Demokratie von entscheidender Bedeutung. Eine wehrhafte Demokratie ist auf dialogbereite, tolerante und politisch gebildete Bürger*innen angewiesen. Der Einsatz für Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit und eine lebendige Demokratie ist für den Deutschen LandFrauenverband dabei von zentraler Bedeutung. Politische Entscheidungen müssen transparent und für die Menschen nachvollziehbar sein. Daseinsvorsorge muss ein zentrales Leitbild für politische Vorhaben ländlicher Entwicklung sein. Nur durch eine gesicherte und gute Versorgung mit grundlegenden Leistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität und sozialer Infrastruktur können ländliche Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse garantieren.

Beschlossen vom Präsidium des Deutschen LandFrauenverbandes am 02.12.2024

Deutscher LandFrauenverband e. V. (dlv)

Claire-Waldoff-Straße 7

10117 Berlin

Tel. 030/2844 92910

info@landfrauen.info

www.landfrauen.info

dlv-Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Frauenpolitik

Gleichberechtigte Teilhabe sichern

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3 Abs. 2 GG)

Als starker Frauenverband fordern wir, dass die Vision von einem Jahrzehnt der Gleichstellung durch konkrete Gesetzesinitiativen Priorität hat und damit im ersten Jahr der zukünftigen Regierung angepackt wird. Keine starke Wirtschaft ohne ambitionierte Frauenpolitik!

Ehegattensplitting reformieren

- » Im ersten Schritt: Abschaffung Steuerklasse III und V
- » Mehr Beratung und finanzielle Bildung
- » Es braucht Bestandsschutz für bestehende Ehen sowie klare Stichtagsregelungen bzw. Übergangsfristen.

Ohne Frauen keine nachhaltige Politik: Paritätsgesetz bis 2029

- » Mehr Frauen in den Gremien – Einführung eines Paritätsgesetzes
- » Einführung eines Paritätsgesetzes im Wahlrecht bei den Listen und Direktmandaten und erstmalige Anwendung bei den Bundestagswahlen 2029
- » Änderung der 40-Prozent-Soll-Quote bei den Vorschlagslisten zur Sozialwahl in eine Muss-Regelung. Vorschlagslisten, die die Quote nicht erfüllen, werden zurückgewiesen/nicht zugelassen.

Über Geld reden wir! Stärkung des Entgelttransparenzgesetz

- » Das Gesetz muss bekannter gemacht werden
- » Die Verbindlichkeit der gesetzlichen Regelungen und der Instrumente muss gesteigert werden
- » Einführung eines Verbandsklagerechts

Häusliche Gewalt: Frauen schützen, Hilfsangebote bereithalten

- » Gewalthilfegesetz muss kommen
- » Flexible Hilfsstrukturen, bedarfsgerechte Angebote, flächendeckender Ausbau von Frauenhausplätzen
- » Verlässliche finanzielle Absicherung durch Bund und Länder

Neuregelung von § 218: Entkriminalisierung jetzt!

- » Bis zum Ende der zwölften Schwangerschaftswoche soll ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich nicht mehr rechtswidrig sein
- » Beratungsangebote müssen auch kirchenunabhängig in der Fläche vorhanden und finanziell ausgestattet sein

Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern

- » Eine ressortübergreifende Wirkungsanalyse (positive Wirkung auf Gleichstellung von Frauen und Männern) bereits bei der Vorbereitung von Maßnahmen, Gesetzen und Finanzmitteln
- » Die Einführung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt
- » Die Koppelung öffentlicher Vergaben und Fördermittel an die Beseitigung bestehender Benachteiligungen und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit

Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik

- » Stärkere Berücksichtigung der geschlechtergerechten Sichtweise in allen Bereichen des Gesundheitswesens, der Ausbildung und Forschung sowie eine verbesserte gesundheitliche Information von Frauen

dlv-Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Ehrenamt und Demokratie

Gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Engagementförderung stärken

Vereine sind Lernorte der Demokratie - dafür steht das Netzwerk der LandFrauen seit Jahrzehnten. Ehrenamtliches Engagement, besonders von Frauen, muss in seiner zentralen Rolle für unsere Gesellschaft anerkannt und sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig müssen Zugänge zum Engagement für alle Menschen barrierearm sein, um Teilhabe zu gewährleisten. Nur so kann sich die verbindende und integrative Kraft des Engagements in unserer Gesellschaft entfalten. Politik muss notwendige Rahmenbedingungen zur Stärkung von Ehrenamt und Demokratie schaffen:

Demokratieförderung ganzheitlich denken, Teilhabe durch Engagement fördern

- » Errichtung eines Demokratiefördergesetzes, das auch nicht gemeinnützige Organisationen einbezieht
- » Entwicklung von niedrighem Schwellen und finanziell gut ausgestatteten Programmen zur Demokratieförderung auf dem Land
- » Orte der Begegnung, um Dialogfähigkeit unserer Gesellschaft zu stärken
- » Vereine als wichtige Lernorte für Demokratie stärken
- » Hass im Netz als zentrales Engagement-Hemmnis konsequenter verfolgen
- » Populistische Sprache unter demokratischen Akteur*innen darf nicht zur Normalität werden

Erhöhung der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf

- » Bundesweiter Bildungsurlaub, auch für verbandsinterne Tätigkeiten und Weiterbildungen
- » Ein Anrecht auf Freistellung für Ehrenamtsarbeit
- » Erhöhung der Reisekostenpauschale

Ehrenamt ermöglichen, Barrieren abbauen

- » Etablierung kostenloser Rechtsberatung für Vereine und Engagierte
- » Bundesweite Vereinheitlichung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die Nachweispflicht gegenüber den Finanzämtern; Demokratieförderung durch politische Bildung in Anerkennung einbeziehen
- » Angleichung der Ehrenamtspauschale an die Übungsleiterpauschale
- » Engagement muss in Form von zusätzlichen Rentenkosten aufgewertet werden

dlv-Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Ländliche Räume

Bestehendes erhalten und ausbauen, geschlechtergerecht denken

Daseinsvorsorge muss als das Leitbild für die Entwicklung ländlicher Räume verstanden werden. Nur wenn zentrale Leistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität und soziale Infrastruktur gesichert sind, können ländliche Regionen lebendig und zukunftsfähig bleiben. Dafür ist es unerlässlich, dass Fördertöpfe (GAK, ILE, ELER und Leader) für den ländlichen Raum erhalten bleiben, um Gemeinden nachhaltig zu stärken und regionale Entwicklung gezielt zu fördern. Der dlv fordert daher:

Gesundheitsversorgung sicherstellen

- » Eine flächendeckende medizinische Versorgung ist in ländlichen Räumen nie in Gänze möglich. Mit Blick auf den Abbau von Krankenhäusern und der Schließung von ärztlichen Praxen müssen neue Modelle (z. B. Telemedizin mit Hilfestellung, Landärzt*innen ansiedeln, mobile Arztleistungen) – auch finanziell – gedacht werden.
- » Geburtshilfe gehört zur medizinischen Grundversorgung: Geburtsstationen und Kreißsäle müssen erhalten bleiben. Die Geburtshilfe ist bei der Gesundheitsministerkonferenz der Länder als festes Thema zu verankern.

Häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken

- » Finanzielle Aufwertung häuslicher Pflege durch Anhebung der Wegpauschalen für Pflegende und Pflegegedienstleister, durch Anrechnung von Pflegezeiten auf die Rentenansprüche sowie eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für Pflegende analog zur Elternzeit.
- » Ausweitung von Tages- und Kurzzeitpflegeangeboten
- » Der Mangel an Fachpersonal muss in Verbindung zur fehlenden Infrastruktur gedacht werden, um innovative Lösungskonzepte vorzulegen. Ehrenamt darf nicht zum Automatismus werden, um häusliche Pflege abzudecken.
- » Um die Bewältigung des Alltags zu erleichtern, muss das Gutscheinmodell für haushaltsnahe Dienstleistungen eingeführt werden.

Wohnen und leben attraktiv gestalten

- » Bestehende Wohnräume/-flächen müssen neu gedacht werden, damit neue Wohnkonzepte für junge und ältere Menschen gleichermaßen attraktiv werden.
- » Der Fokus muss verstärkt auf Erhalt und Ausbau von Begegnungsstätten und Kulturangeboten zur Stärkung der demokratischen Bildung gelegt werden.

Mobilitätswende vorantreiben

- » Eine inklusive Verkehrsplanung muss mindestens die Grundversorgung im ÖPNV gewährleisten und damit eine verlässliche und bezahlbare Mobilität für alle Menschen in ländlichen Räumen sicherstellen.
- » Die Mobilitätswende muss sozialverträglich gestaltet sein, damit einkommensschwachen Haushalten keine finanziellen oder gesellschaftlichen Nachteile entstehen.
- » Menschen darf im Rahmen einer zunehmenden Umstellung auf CO₂-neutrale Antriebsformen kein Nachteil entstehen, nur weil sie in ländlichen Räumen zu Hause sind.
- » Bestehende Infrastrukturen, insbesondere des Schienenverkehrs, deren Reaktivierung, Instandsetzung und Ausbau müssen bei Planungsvorhaben Vorrang haben.

Wirtschaftliche Gleichstellung realisieren

- » Gesetzliche Verankerung eines Mutterschutzes für Selbstständige.
- » Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Kapital für frauengeführte Start-ups und Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase.
- » Einen separaten staatlichen Fonds für Gründerinnen und eine Gründerinnenquote bei staatlichen Fördermitteln.

dlv-Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Frauen in der Landwirtschaft

Auf Augenhöhe agieren

Frauen leisten unverzichtbare Beiträge – für landwirtschaftliche Betriebe, ländliche Räume und die Gesellschaft. Um ihre zentrale Rolle nachhaltig zu stärken, brauchen sie gleiche Chancen, Unterstützung und die Möglichkeit, auf Augenhöhe zu agieren. Eine Agrarpolitik, die Frauen gezielt stärkt, ist nicht nur ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung, sondern trägt auch zur Stärkung der Wirtschaft und der ländlichen Strukturen bei. Zudem ist die gleichberechtigte Besetzung von Entscheidungsgremien in der Agrarpolitik entscheidend, um Frauen eine gleichwertige Einflussnahme zu ermöglichen. Der dlv fordert konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in der Landwirtschaft durch die zukünftige Agrarpolitik:

Gleichberechtigter Zugang zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln

» Frauen stoßen in der Landwirtschaft auf Barrieren beim Zugang zu Land, Ressourcen und finanziellen Mitteln, was ihre Chancen zur Modernisierung, langfristigen Absicherung ihrer Betriebe und Tätigung von Investitionen einschränkt. Besonders junge Frauen, die innovative Unternehmensmodelle entwickeln und die Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten möchten, benötigen spezielle Unterstützung.

Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen

» Frauen leisten in der Landwirtschaft weit mehr, als die offiziellen Zahlen zeigen, da ihre Beiträge in informellen Rollen, gemeinsamen Betriebsführungen oder alternativen Rechtsformen oft nicht erfasst werden. Die Agrarstatistik muss ihre Leistungen realistisch abbilden, um ein verzerrtes Bild zu korrigieren und die entscheidende Rolle von Frauen für den Betriebserfolg sichtbar zu machen.

Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen

» Frauen in der Landwirtschaft sind überdurchschnittlich von Altersarmut bedroht, da die gesetzlichen Rentensysteme (GRV und LAK) nur eine Teilsicherung bieten. Viele Frauen sorgen privat oder betrieblich vor, doch ein Drittel bewertet ihr Absicherungsniveau als unzureichend. Es ist notwendig, die Anerkennung von Beitragsjahren aus verschiedenen Systemen zu ermöglichen

und Maßnahmen zur finanziellen Absicherung im Alter zu schaffen, um die Altersarmut zu verringern und die Unabhängigkeit der Frauen zu stärken. Gut informierte und abgesicherte Frauen sind essenziell für eine geschlechtergerechte und nachhaltige Landwirtschaft.

Geschlechtergerechte Förderprogramme in der GAP

» Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss Gender Mainstreaming konsequent umsetzen, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Landwirtschaft zu überwinden. Frauen gründen häufig mit weniger Kapital, arbeiten oft in Teilzeit und verfolgen innovative Modelle, die spezifische Fördermaßnahmen erfordern. Nur durch maßgeschneiderte Programme, die diese Bedürfnisse berücksichtigen, kann eine nachhaltige und geschlechtergerechte Entwicklung der Landwirtschaft erreicht werden.

Ausbau gezielter Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft

» Gezielte Bildungsangebote sind entscheidend, um Frauen in der Landwirtschaft in unternehmerischen und fachlichen Kompetenzen zu stärken und ihnen den Zugang zu Führungspositionen zu ermöglichen. Wichtige Maßnahmen umfassen Weiterbildungen, Gründungscoaching und Mentoringprogramme, die Frauen bei der Hofübernahme und der Entwicklung eigener Betriebszweige unterstützen.